F. ROGNER / NETZHAUT

Sozialstaatsgewinner Bergleute, Beamte, Sprachurlauber: *Das deutsche Modell ist dringend reformbedürftig*

Projekt Deutschland 2000

Weiter-So geht nicht mehr: Das Steuersystem bedarf der Generalüberholung, die Ausländerpolitik muß neu konzipiert werden, das deutsche Rentensystem hat keine Zukunft. Die Politiker scheuen sich, dem Wähler die Wahrheit zu sagen. Der SPIEGEL widmet den Tabu-Themen seine Serie „Projekt Deutschland 2000“. Teil 1: Der unsoziale Sozialstaat.

Logik des kalten Buffets

Der Erfinder des Sozialstaates war ein Machtmensch, und ein Zyniker war er auch. Reichskanzler Otto von Bismarck, der Krankenversicherung (1883), Unfallversicherung (1884) und Altersversicherung (1889) gründete, machte aus seinen Motiven kein Geheimnis:

„Mein Gedanke war, die arbeitenden Klassen zu gewinnen, oder soll ich sagen zu bestechen, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte.“

Seither wurde seine vergleichsweise plumpe Methode der Herrschaftssicherung zu einem Bevorzugungs- und Betreuungssystem ausgebaut, das alle gesellschaftlichen Gruppen erfaßt, die meisten gleich mehrfach, nach immer neuen sozialen Kriterien und Merkmalen gestaffelt.

Die Bilanz ist eindrucksvoll: Rund 1,2 Billionen Mark gab der Staat im vergangenen Jahr für das Wohlergehen seiner Bürger aus. Jede dritte Mark, die in der Bundesrepublik erwirtschaftet wird, fließt inzwischen über öffentliche Kassen der allgemeinen Wohlfahrt zu.

Angefangen hat es mit einzelnen, die krank wurden oder erwerbsunfähig und damit auf staatlichen Beistand zwingend angewiesen waren. Es folgten die Kriegsopfer, die Ehefrauen der Krieger und deren Kinder, später dann die Vertriebenen und die Bausparer, die Schüler und Studenten.

Irgendwann kamen ganze Berufsstände hinzu, die Bienenzüchter etwa, die Kutterfischer und die Binnenschiffer. Und natürlich eine bunte Reihe bedrohter Minderheiten: die Bewohner strukturschwacher Gebiete beispielsweise oder die Kleingärtner, die es in Nordrhein-Westfalen sogar zu einem eigenen Schutzparagraphen in der Landesverfassung gebracht haben.

Mittlerweile ist jeder an den Tropf der Sozialadministration gelegt, von dem auch nur vermutet werden kann, daß er unter einem amtlich heilbaren Nachteil leidet: Ehepaare, kinderlos oder kinderreich, Alleinerziehende, Geschiedene und Verwitwete; Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Arbeitslose, Nachtarbeiter und Berufstätige, die am Sonntag oder im Schichtdienst beschäftigt sind; Mieter, Vermieter, Bauherren und solche, die es werden wollen.

Frauen, die ihr Leben lang im Haushalt tätig waren; Frauen, die vor dem Eintritt ins Berufsleben stehen; Frauen, die den falschen Hochschulabschluß erworben haben; Vielgebärende; Schwangere; Schwangere, die nicht länger schwanger sein wollen; Frauen, die nur Frauen lieben, und Frauen, die eigentlich Männer sind. Sie alle bekommen aus sozialen Gründen entweder zusätzliche Sonderrechte zugestanden oder zusätzliche Ansprüche auf Geld- und Sachleistungen oder Steuervergünstigungen oder zumindest kulturelle Förderung – oder alles zusammen.

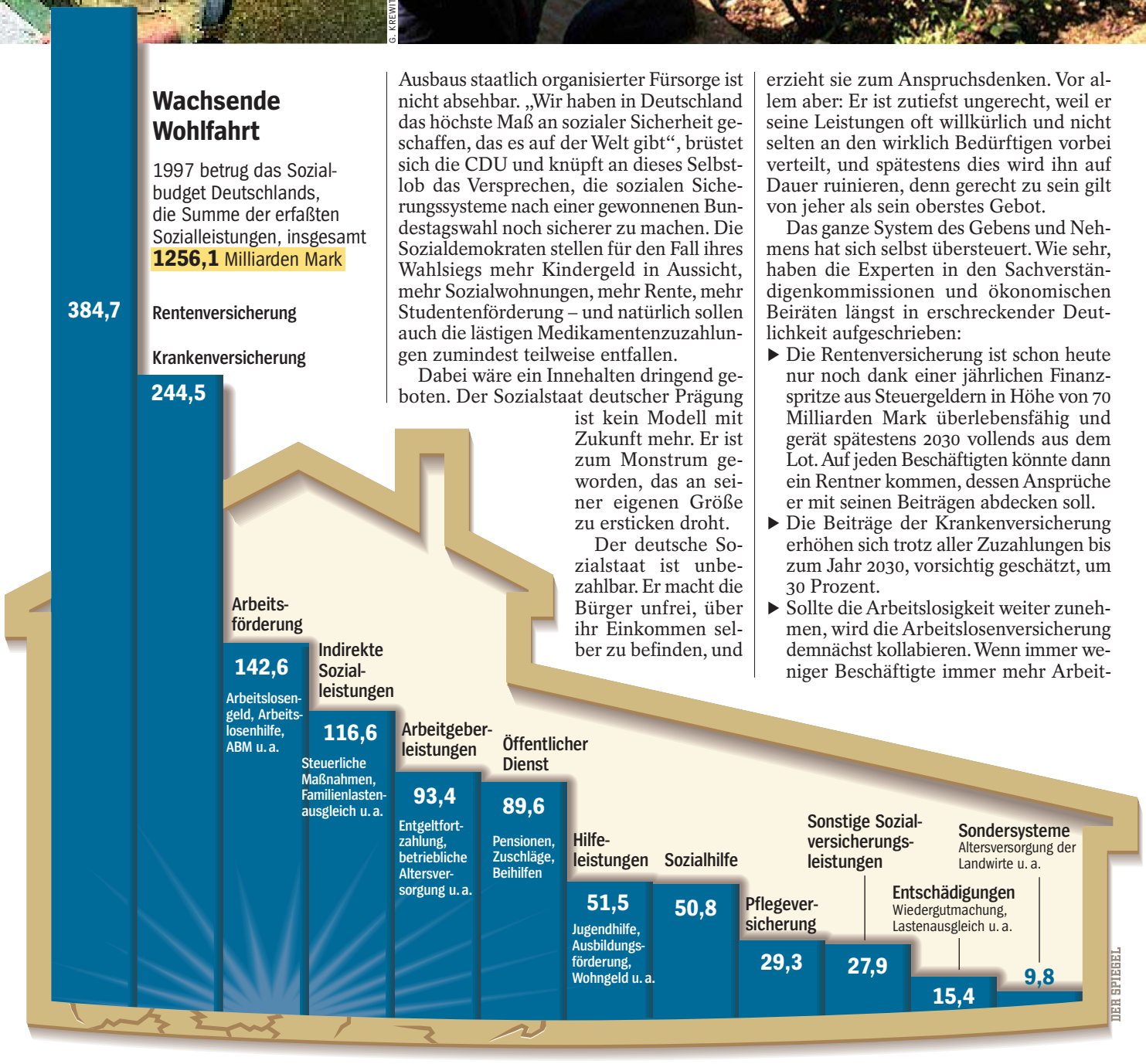
Keine Frage, Bismarcks Erben haben ganze Arbeit geleistet. Und ein Ende des

DPA

G. KREWITT / VISUM

Wachsende Wohlfahrt

1997 betrug das Sozialbudget Deutschlands, die Summe der erfaßten Sozialleistungen, insgesamt **1256,1** Milliarden Mark



DER SPIEGEL

Ausbaus staatlich organisierter Fürsorge ist nicht absehbar. „Wir haben in Deutschland das höchste Maß an sozialer Sicherheit geschaffen, das es auf der Welt gibt“, brüstet sich die CDU und knüpft an dieses Selbstlob das Versprechen, die sozialen Sicherungssysteme nach einer gewonnenen Bundestagswahl noch sicherer zu machen. Die Sozialdemokraten stellen für den Fall ihres Wahlsiegs mehr Kindergeld in Aussicht, mehr Sozialwohnungen, mehr Rente, mehr Studentenförderung – und natürlich sollen auch die lästigen Medikamentenzuzahlungen zumindest teilweise entfallen.

Dabei wäre ein Innehalten dringend geboten. Der Sozialstaat deutscher Prägung ist kein Modell mit Zukunft mehr. Er ist zum Monstrum geworden, das an seiner eigenen Größe zu ersticken droht.

Der deutsche Sozialstaat ist unbezahlbar. Er macht die Bürger unfrei, über ihr Einkommen selber zu befinden, und erzieht sie zum Anspruchsdenken. Vor allem aber: Er ist zutiefst ungerecht, weil er seine Leistungen oft willkürlich und nicht selten an den wirklich Bedürftigen vorbei verteilt, und spätestens dies wird ihn auf Dauer ruinieren, denn gerecht zu sein gilt von jeher als sein oberstes Gebot.

Das ganze System des Gebens und Nehmens hat sich selbst übersteuert. Wie sehr, haben die Experten in den Sachverständigenkommissionen und ökonomischen Beiräten längst in erschreckender Deutlichkeit aufgeschrieben:

- Die Rentenversicherung ist schon heute nur noch dank einer jährlichen Finanzspritze aus Steuergeldern in Höhe von 70 Milliarden Mark überlebensfähig und gerät spätestens 2030 vollends aus dem Lot. Auf jeden Beschäftigten könnte dann ein Rentner kommen, dessen Ansprüche er mit seinen Beiträgen abdecken soll.
- Die Beiträge der Krankenversicherung erhöhen sich trotz aller Zuzahlungen bis zum Jahr 2030, vorsichtig geschätzt, um 30 Prozent.
- Sollte die Arbeitslosigkeit weiter zunehmen, wird die Arbeitslosenversicherung demnächst kollabieren. Wenn immer weniger Beschäftigte immer mehr Arbeit-

suchende finanzieren müssen, steigen die Lohnnebenkosten, was wiederum fast automatisch neue Arbeitslose produziert.

- Begünstigt durch die Unübersichtlichkeit der Sozialtransfers sehen sich immer mehr Bürger ermuntert, alle Hemmungen gegenüber den Betreuungsinstanzen fallenzulassen. Rund 15 Prozent aller von den Behörden direkt vergebenen Sozialleistungen werden, einer Umfrage unter 400 Sozialämtern zufolge, zu Unrecht kassiert.
- Nur durch eine großzügige Schuldenpolitik ist finanzierbar, was eigentlich nicht mehr finanzierbar ist. Der Schuldenstand aller öffentlichen Haushalte ist auf über zwei Billionen Mark geklettert, mithin das Fünffache des Bundesetats.

AKG

Sozialreformer Bismarck
„Die arbeitenden Klassen bestechen“

Jede zwölfte Mark, die die Finanzminister einnehmen, fließt derzeit direkt in den Zinsdienst.

Eine Reformdebatte ist überfällig – über den geordneten Rückzug des Staates, über den gezielten Einsatz seiner Mittel und effizientere Kontrollen, über zeitgemäße Wohlfahrt eben.

Die Einsicht der Beitragszahler ist erkennbar größer als die der Politiker. Es hat sich herumgesprochen, daß der Staat nur das verteilen kann, was er den Steuerpflichtigen vorher abgenommen hat. Und auch dies nur abzüglich der Kosten für eine immer mehr zum Selbstzweck ausartende Sozialbürokratie.

Nach welchen Kriterien der Verteilungsapparat Alimente vergibt, wer zu den Gewinnern zählt und wer zu den Verlierern, das ist kaum noch jemandem einsichtig. Für viele gleicht das Sozialsystem einem Labyrinth, undurchschaubar in seinen Verästelungen, geradezu rätselhaft:

Wie kann es sein, daß ein leitender Angestellter im Laufe seines Berufslebens, marktüblich verzinst, rund eine Million Mark in die Rentenkasse zahlt, am Ende aber nur 3700 Mark monatlich ausgezahlt bekommt?

Warum bedenkt der Staat auch die alleinerziehende Millionärstochter mit Sozialhilfe und sogar Wohngeld, obwohl sie doch beim Vater zur Miete wohnt?

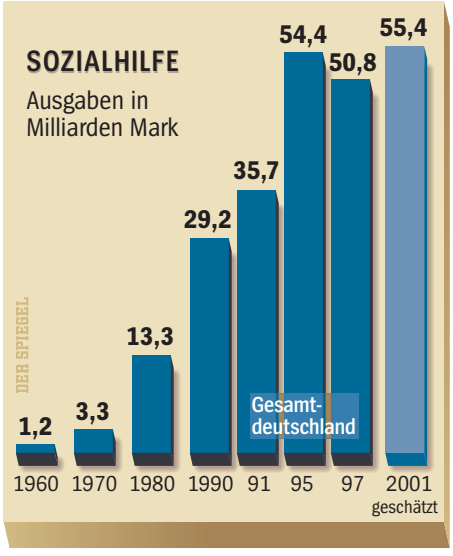
Wieso werden die Bergleute mit 130 000 Mark pro Jahr und Kumpel subventioniert, derweil Gaststättenpersonal oder Putzfrauen ohne solche Alimente auskommen?

Warum soll sich ein Hilfsarbeiter noch für 1500 Mark netto im Monat mühen, wenn sein Hausnachbar von den Sozialämtern die gleiche Summe erhält, ohne eine Hand zu rühren?

So beginnen sich nicht mehr nur die Ökonomen zu fragen, wie lange eigentlich ein Sozialsystem überleben kann, das die Axt an die eigenen Wurzeln legt, gegen die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit großer Teile der Gesellschaft nämlich. Wenn es noch eines Belegs bedurft hätte für die Erkenntnis, daß ein allzuständiger Versorgungsstaat die Antriebskräfte seiner Nutznießer lähmt, dann lieferte ihn das Debakel beim Ernteeinsatz deutscher Arbeitsloser auf deutschen Spargelfeldern.

Da tauchten im Fernsehen solche Spätzüchtungen des Sozialstaats wie der ehemalige Chemiefacharbeiter Helmut Angelbeck auf, der seit zehn Jahren ohne festen Job ist, aber dafür genau begründen konnte, warum eine Verpflichtung zum Spargelstechen gegen diverse „Arbeitszeitgesetze“ und „Tarifverträge“ verstoße. Und wie, so fragte sich der Arbeitslose Angelbeck, verhält es sich auf dem Spargelfeld eigentlich mit der Einhaltung der deutschen Arbeitsstättenverordnung, die angemessene „Sozialräume, Toiletten und so weiter“ vorschreibe? Da sei doch „die Gewerbeaufsicht zuständig“, eine solche Aushöhlung sozialer Standards zu verhindern.

Sozial. Kein Wort ist schillernder, keins gleichzeitig politisch mächtiger als dies dreisilbige Adjektiv. Zusammen mit seinem kleinen Bruder, dem Begriff „gerecht“, besitzt es die Fähigkeit, jedem neuen Gesetz und jeder neuen Staatsausgabe die Weihe des Urdemokratischen zu verleihen. Es ist das Totemwort einer Epoche, die der Soziologe Ralf Dahrendorf nicht von ungefähr die „sozialdemokratische“ nannte.



Welche Verführungskraft die politischen Akteure dem populären Schlagwort beimessen, zeigt sich zumal in Wahlkampfzeiten. Genau 109mal tauchen die Worte „sozial“, „gerecht“ und „Gerechtigkeit“ im aktuellen Programm der SPD auf, die das magische Adjektiv praktischerweise gleich im Namen führt.

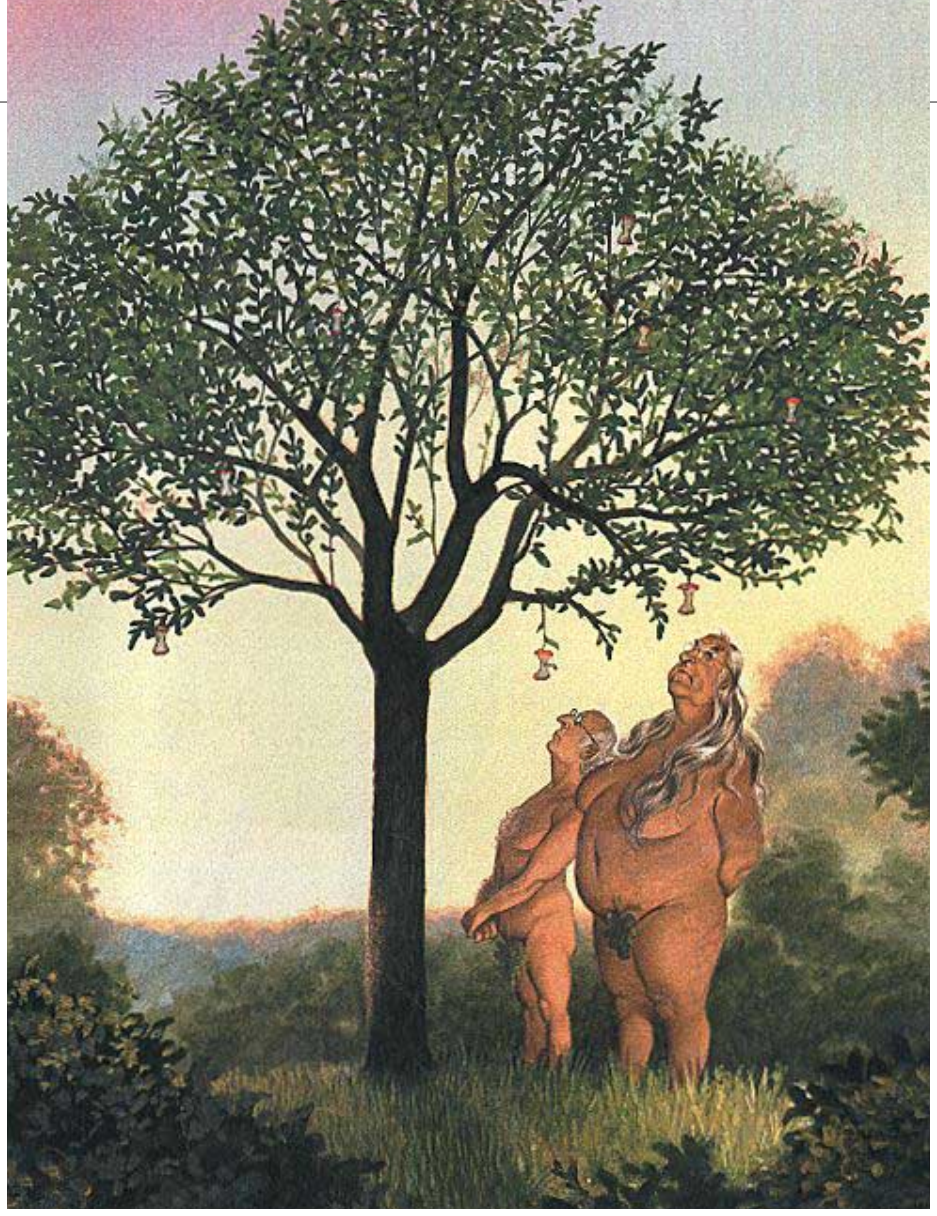
Die CDU, auch nicht faul, bringt es in ihrem Programmentwurf immerhin auf 55 Nennungen der erfolgversprechenden Wortkombination. Die Grünen bieten eine ganz eigene Variante, die „sozial-ökologische Erneuerung“. Und selbst die FDP, die doch alle nahverwandten Vokabeln aus dem Reich des Sozialismus zutiefst verabscheut, hält das Stammwort gleichwohl für so werbewirksam, daß sie ihren Bundesparteitag Mitte April unter das Motto „Liberaler ist sozialer“ stellte.

Genau besehen, hat die Sozialpolitik den Bestechungscharakter, der ihr seit Bismarcks Reformwerk zu eigen ist, bis heute nicht verloren. Der moderne Sozialstaat erzwingt keinen Gehorsam mehr, er erkauft ihn sich. Sein Leitbild ist der Bürger als Kostgänger, und deshalb ist es nur folgerichtig, daß er sich diesem in fast allen Lebenslagen als Appellationsinstanz anbietet. Die Leistungspalette seiner Wohltaten spiegelt das gesamte Anspruchsvolumen bundesdeutscher Durchschnitts- und Besserverdiener.

Neben die klassische Grundversorgung im Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit sind großzügige Beihilfen zur Ausbildung, Kinderbetreuung, Wohnungsanmietung, Freizeitgestaltung und Vermögensbildung getreten. Der deutsche Wohlfahrtsstaat sorgt für verbilligte Opernbilletts und Sprachreisen in die Toskana ebenso wie für kostenlose Eheberatung und sozial gestaffelte Telefontarife.

Er übernimmt im Einzelfall das Entfernen karrierehinderlicher Modetorheiten wie Tätowierungen, bietet finanzielle Entschädigung für schlechtes Wetter und frostreiche Winter und hat selbst die Fragen entschieden, ob Arbeitslose einen gesetzlichen Anspruch auf ungestörte Urlaubsreisen haben, auch wenn ihnen dadurch ein Jobangebot verlorengehen könnte (sie haben), oder ob Touristen mit freiem Rücktransport rechnen dürfen, wenn ihre Reisegesellschaft falliert (sie dürfen).

Nur der kleinste Teil des gewaltigen Sozialbudgets dient noch der Versorgung der Armen, dem „Schutz und der Daseinshilfe in Notlagen“, wie es im „Deutschen Rechtslexikon“ unter dem Begriff Sozialstaat in seiner gängigsten Definition heißt. Dieser Teil wird, gemessen am Gesamtetat, sogar immer kleiner.



Paradies in der Krise STERN

Tatsächlich ist die allgemeine Fürsorge, die einst als Absicherung gegen existenzbedrohende Schicksalsschläge gesetzlich verankert wurde, heute weitgehend eine Veranstaltung zur Lebensstandard-Sicherung breiter Mittelschichten. Zum Schutz der Bedürfnisse von Leuten also, die Drittturlaub und Zweitwagen als unverzichtbare Wohlstandsmerkmale betrachten, die Zuzahlung bei Gebißkorrekturen aber als unzumutbare Belastung empfinden.

Das macht den Sozialstaat so teuer, das macht ihn aber auch, was seine Glaubwürdigkeit nachhaltig erschüttert, zu einem unzuverlässigen Patron für all diejenigen, die schon Ersturlaub und Erstwagen unter die Luxusgüter rechnen und auf den Staat als unbestechliche Schutzmacht angewiesen sind.

Denn wer immer neue Gruppen zu Leistungsberechtigten erklärt, kommt auf Dauer nicht umhin, einmal gewährte Ansprüche abzusenken. Und daß bei der Zuteilung sozialer Wohltaten oder ihrem Entzug streng nach Bedürftigkeit entschieden werde und nicht nach der Lautstärke, mit der diese behauptet wird, gehört zu den großen Illusionen des Sozialstaats. Kaum einer weiß das besser als die politisch Verantwortlichen, nur sagen darf es niemand. Wer an ihr kleines, schmutziges Geheimnis rührt, wer gar die Sturmglocke läutet wie der ehemalige Staatssekretär Johann Eekhoff, der hat ausgedient.

Elf Jahre lang gehörte der Professor für Nationalökonomie in Bonn zur Innenausstattung der Macht, zunächst im Bauministerium und zuletzt, bis 1995, als Staatssekretär unter FDP-Wirtschaftsminister Günter Rexrodt. Das wäre er wohl noch heute, wenn der Christdemokrat nicht ein Problem hätte, ein Handicap gewissermaßen, das ihn erst in Opposition zu den Kollegen aus dem Hause Blüm brachte, dann von seinem eigenen Vorgesetzten entfremdete und ihn schließlich den Job kostete. Eekhoff glaubt an die soziale Gerechtigkeit auf eine sture, altmodische Weise. Er ist der Idee verhaftet, daß ein Sozialstaat nicht den Begüterten, Einflußreichen und Robusten zu dienen hat, sondern den Schwachen und Armen.

Also hat Eekhoff sich quergelegt, hat Vermerke und Aktennotizen geschrieben und seine Abteilungen angewiesen, kühl die Kosten zu kalkulieren, wenn im Kabinett eine neue Alimentation zur Freigabe anstand.

Keine Frage, Eekhoff hat die bequeme Verteilungsruhe der Sozialstrategen gestört, er hat geradezu notorisch ihre Duzgemütlichkeit unterlaufen, und eben deshalb sitzt er heute nicht mehr in ihrer Runde, sondern an einem Schreibtisch aus den Restbeständen der Kölner Universität; in einer Kammer am Ende eines schlechtbeleuchteten Gangs, sieben Treppen hoch, im Seminar für Wirtschaftspolitik. „Eigentlich habe ich es doch ganz gut getroffen“, sagt der Ökonom und strafft sich in seinem Stuhl. „Heute kann ich immerhin wieder laut sagen, was ich für richtig halte.“

Eekhoff kennt sie genau, all die Gruppen und Interessenverbände, die sich arm rechnen und immer neue Vergünstigungen erjammern: Die Alten, die für kostenlose Seniorenkreuzfahrten und Freizeitbetreuung auf Krankenschein streiten. Die Kurdirektoren, die den dritten Jahresurlaub in Bad Wildungen oder Bad Tölz zum Menschenrecht proklamieren. Die Beamten, die für jede Sonderzulage den passenden Härtefall nennen können.

P. FRISCHMUTH / ARGUS

Arbeitslose beim Spargelstechen: *Antriebskräfte gelähmt*

Er sei immer wieder überrascht gewesen, sagt Eekhoff, „mit welcher Dreistigkeit, ja Brutalität“ vor allem diejenigen zu Werke gingen, die Benachteiligung allenfalls als Passagiere der Economy-Class erfahren. Und was ihn am Ende bitter gemacht hat und in Unfrieden aus der Regierung scheiden ließ: Sie hatten auch noch Erfolg damit.

So war der Versuch, dem Ratschlag der Ökonomen zu folgen und zumindest die Renten besonders wohlhabender Ruheständler höher zu besteuern, im nachhinein nur ein schreck-

liches Mißverständnis. Und natürlich dürfen die Kohlekumpel, lauter gut ausgebildete, auffallend junge Männer, die auch in anderen Branchen einsatzfähig wären, weiter auf die volle Unterstützung aus Bonn rechnen – eine schöne Geste tätiger Nächstenliebe, die den Steuerzahler in den nächsten Jahren insgesamt 70 Milliarden Mark kosten wird.

Es sind die Lauten und Vorlauten, die Cleveren und Unverschämten, die zu den Hauptnutznießern des Sozialsystems gehören. Denn vor nichts haben Politiker mehr Respekt als vor einflußreichen Wählergruppen. Und weil Einfluß meist mit einem ordentlichen Einkommen einhergeht, trauen sie sich nicht mehr, denjenigen, die nicht arm sind, dies auch zu sagen.

Dieser Logik folgend, sind es vor allem zwei Merkmale, über die jemand verfügen muß, der seine Zähne in die Zitzen des Wohlfahrtsstaats schlagen will. Entweder er gehört einer Gruppe an, die allein zahlenmäßig so stark ist, daß es kein Politiker wagt, sich mit ihr zu überwerfen. Oder aber er ist Mitglied einer kleinen, aber dafür wohlorganisierten Clique, die es versteht, für ihre Belange möglichst rücksichtslos Stimmung zu machen, und die über die richtigen Kontakte zu den richtigen Leuten verfügt.

Unglücklicherweise zeichnen sich die Schwachen und Entmutigten, die Verschämten und Verstörten gerade dadurch aus, daß sie über keines dieser beiden Merkmale verfügen. Sie müssen auf so diffuse Ehrbegriffe wie Anstand und Moral ihre Hoffnung setzen, und das rächt sich bitter. Denn es ist ja keineswegs so, daß in den vergangenen Jahren keine Kürzungen angeordnet wurden, daß sich die Sozialpolitiker nicht notgedrungen dem Druck der Finanzprobleme gebeugt hätten, die sie zuvor selbst verursacht haben.

Sicher, dabei sind auch einige unpopuläre Entscheidungen gefallen. Vor allem Gesundheitsminister Horst Seehofer hat sich weit vorgewagt, indem er den Deutschen eine Zuzahlung bei Medikamenten zumutete und ihnen so bedeutende Segnungen wie Stützstrümpfe oder Tai-Chi-Kurse auf Krankenschein nahm – was ihm prompt den Zorn einer parteienüberspannenden Allianz aus Patientenverbänden, Pharmavertretern und Ärztefunktionären einbrachte.

Doch daneben hat das Parlament eine Reihe von Sparmaßnahmen abgesegnet, die genau jene treffen, für deren Wohlergehen zu sorgen gerade den enormen ethischen Kredit begründet, den die Sozialpolitiker gemeinhin für sich beanspruchen: Menschen mit zum Teil schwersten körperlichen und geistigen Behinderungen, Menschen also, denen ein Leben ohne fremde Unterstützung unstreitig nicht mehr möglich ist.

Und eigenartig, diesmal nimmt die Öffentlichkeit kaum Notiz. Da sitzen keine empörten Lobbyarbeiter und professionellen Elendsplärrer in den Talkshows und beklagen die „soziale Kälte“.

Weitgehend unbeachtet blieb beispielsweise die Entscheidung der Bundesregierung, bei den Pflegesätzen für Schwerbehinderte zu sparen. War bislang dafür gesorgt, daß Querschnittsgelähmte oder Spastiker ein Leben in der eigenen Wohnung führen konnten, gilt nun das Kostenprinzip: Erscheint die Unterbringung in einem Heim billiger, was meist der Fall ist, entfällt der Anspruch auf häusliche Betreuung. Pech gehabt.

Sozialleistungen Kuraufenthalt, Kondomangebot,

Am 20. Juni 1996 stand die Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes an, auch dies kein guter Tag für die vom Schicksal Gebeutelten. Galt bislang der Grundsatz, daß jedem Behinderten bei der beruflichen Rehabilitation Beistand zu leisten sei, ist die Bewilligung entsprechender Förderung nun ins Ermessen der Sozialbürokratie gestellt: Nur wer vor Antritt einer Fortbildung oder

M. HUGHES / ZENIT

Armenspeisung der Kirche: *Die Schwachen müssen auf Anstand und Moral setzen, und das rächt sich bitter*

K. VEY / JUMP

ACTION PRESS

TONY STONE

Tattoo-Entfernung: *Die Leistungspalette der Wohltaten spiegelt das gesamte Anspruchsvolumen der Durchschnittsverdiener*

Umschulung glaubhaft machen kann, daß er später trotz seiner Beschädigung gute Chancen auf einen Job hat, erhält das Einverständnis der Behörden. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Behinderten ist seitdem kräftig gestiegen. Pech gehabt.

Im Februar 1997 lag die zweite große Sozialreform dieser Legislaturperiode, die Rentenreform, zur Diskussion vor, und wieder traf es diejenigen besonders hart, die leise leiden. Von der schrittweisen Absenkung der Altersbezüge bis zum Jahr 2030 bleiben schon mal all jene weitgehend verschont, deren Alimentation im Ruhestand ohnehin vergleichsweise hoch ist: die Beamten. Bestandsschutz genießt auch die heutige Rentnergeneration, eine wichtige Wählerklientel der Union, denn der eigentliche Beginn für diesen ersten Reformteil wurde mit Bedacht auf das Jahr 2015 gelegt.

Sofort wirksam hingegen werden Sparmaßnahmen bei chronisch Kranken und Schwerbeschädigten, denen bislang eine Erwerbsunfähigkeitsrente zustand. Kommt der Verband der Rentenversicherer zu dem Befund, daß ein Invalide zumindest theoretisch drei Stunden am Tag arbeiten könnte, wird ihm die Hälfte seiner Bezüge gestrichen, unabhängig davon, ob er eine Beschäftigung findet oder nicht.

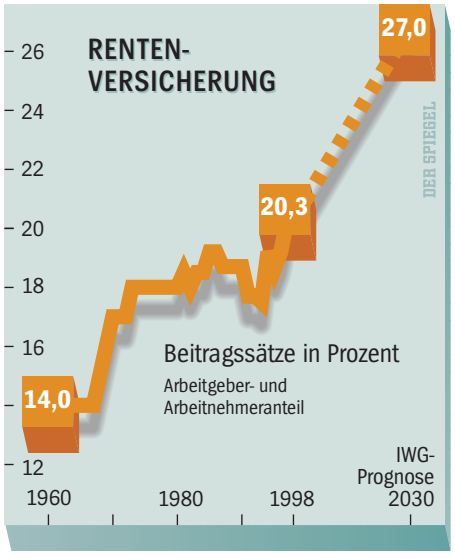
Weil kaum zu erwarten ist, daß Blinde, Lahme und Taube auf dem schwierigen Arbeitsmarkt mehr als nur theoretische Chancen haben, werden in den nächsten Jahren etwa 100 000 Opfer dieser Reform der Sozialhilfe anheimfallen. Pech gehabt.

Und weiter: Das Kabinett hat kühlen Herzens die Sprachkurse für Aussiedler gekürzt; es hat die medizinische Hilfe für Asylbewerber praktisch auf lebensrettende Eingriffe begrenzt.

Wer nun glaubt, dies alles sei das Werk hemmungsloser Neoliberaler, die in ihrem Kreuzzug gegen den Wohlfahrtsstaat der Einfachheit halber am untersten Rand der Gesellschaft angesetzt haben, der sitzt einem Irrtum auf. In Wirklichkeit wurden die Entscheidungen von Leuten abgenickt, die ihr Dauerabonnement für den Platz an der Seite der Bedürftigen stets griffbereit halten; von Veteranen des politischen Verteilungskampfes wie Norbert Blüm oder Heiner Geißler, die bei fast jeder Rede beeindruckende Armutszahlen nennen und keine Gelegenheit auslassen zum Appell an die „Solidarität“, dem modernen Gegenstück zur biblischen Nächstenliebe.

Kaum etwas beherrschen die Daseinsversorger wie Blüm oder Geißler so perfekt wie das Spiel mit Zahlen und Fakten. Virtuos wechseln sie zwischen dem ergreifenden Einzelschicksal, das noch die unsinnigste Subvention als begründet erscheinen läßt, und dem Hinweis aufs große Ganze, der bei Bedarf auch das Gegenteil belegt.

Die Armutsrhetorik funktioniert immer, und sie hat, gesellschaftlich gesehen,



durchaus stilbildend gewirkt. Auch der Dümmste hat mittlerweile begriffen, wie der Hase läuft.

„Auf jedem Armen sitzen heute zehn andere, die in seinem Namen Besitzstände wahren“, merkt der Buchautor und ehemalige Grünen-Mitarbeiter Bernd Ulrich zu Recht an, und der Grund dafür liegt auf der Hand: Keine Fähigkeit eröffnet so verläßlich den Zugang zu staatlichen Näpfen wie die, sich öffentlich in die Rolle des Opfers hineinzustehlen. Nichts sichert die eigenen Pfründen gewinnbringender als der Schulterschluß mit den Entrechteten.

Die derzeit so populäre Formel vom „prekären Wohlstand“ muß man ja wohl so verstehen, daß alle, die von Armut betroffen sein könnten (was selbst den Börsen-Profi einschließt), als theoretisch arm zu gelten haben und damit Anrecht auf Alimentation besitzen. Natürlich entdeckt der Deutsche Ärztetag just in dem Moment sein Herz für die „sozial Benachteiligten“, wenn es den Doktoren an die Pfründen geht: „Wir denken an die chronisch Kranken. Wir denken an die Behinderten“, heißt es in seiner „Entschließung“ zum „Erhalt und Ausbau des Sozialstaats“.

Widerstand aus den Großstadtghettos gegen diese schleichende Enteignung ist freilich kaum zu erwarten: Die Definitionsmacht über die Demarkationslinien der Armutsgrenze liegt fest in der Hand der Sozialverteiler und ihrer Helfer-Heere, all den Betreuern und Beratern und Berater-Beratern, die mehr oder weniger direkt im Sold des Sozialstaats stehen.

Auf rund eine Million Angestellte bringen es inzwischen allein die fünf parastaatlich operierenden Wohlfahrtsverbände, die damit der größte Arbeitgeber des Landes sind. Nach einer Erhebung des Fachstatistikers Thomas Rauschenbach sind die sozialen Berufe, allen voran die Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, „der entscheidende Expansionsgewinner der letzten 20 Jahre“.

Jeder Versuch, nach Bedürftigkeit zu differenzieren und Interessenlagen offenzulegen, läuft da beinahe zwangsläufig in ein verbales Sperrfeuer. Er wird als „Einstieg in den Sozialabbau“ geächtet, als Versuch unter den Anspruchsberechtigten „Mißgunst und Konkurrenz zu schüren“.

Das Muster der „Mißbrauchsdebatte“ sei immer gleich, heißt es etwa bei den beiden Armuts-Theoretikern Dorothee Beck und Hartmut Meine, deren Buch „Wasserprediger und Weintrinker“ zur Zeit der bevorzugte Gesinnungstext lin-

REUTERS

Schwulen-Parade: *Auch für immaterielle Nachteile eine Kompensation vom Staat*

ker Sozialstaatsprofiteure ist: „Bestimmte Bevölkerungsgruppen werden ausgegrenzt, ihre Ansprüche diffamiert, um sie dann besser zusammenstreichen zu können.“ Für diese These hat das Autorenpaar auch gleich das passende Beispiel aus seinem Leserkreis zur Hand: Kinderlose, die sich ihrer Aufgabe entzögen, „Kinder als spätere RentenbeitragszahlerInnen in die Welt zu setzen“.

Doppelverdienende Yuppiepärchen zu Ausgegrenzten zu erklären mag für eine alleinerziehende Verkäuferin zynisch klingen, ist aber auf vertrackte Art nur konsequent im Sinne einer Rhetorik, die Wohlstandsverzicht immer anderen zumutet, vorzugsweise so anonymen Größen wie „den Reichen“ oder „den Superreichen“.

Was genau freilich unter sozialer Gerechtigkeit zu verstehen ist, wo sie beginnt und wo sie endet, das vermögen noch nicht einmal die Juristen zu sagen, die ansonsten doch für alles, woraus sich Ansprüche ableiten lassen, präzise Definitionen anbieten können. Auch das Grundgesetz, auf das sich alle Sozialstaatsarchitekten so gern berufen, trägt, genau besehen, wenig zur Aufklärung bei. Außer dem Hinweis, die Bundesrepublik sei unter anderem auch ein „sozialer Bundesstaat“, findet sich keine nähere Bestimmung des Staatsziels.

Und daß sich aus der sogenannten Sozialklausel konkrete Leistungspflichten des Gesetzgebers ableiten ließen, hat das Verfassungsgericht gleich mehrfach verneint. Der Staat sei lediglich verpflichtet, sich um einen „erträglichen Ausgleich der widerstreitenden Interessen“ zu bemühen sowie insbesondere „um die Herstellung erträglicher Lebensbedingungen“ für all die, „die in Not geraten sind“.

Nur: Was heißt erträglich, und wann ist jemand notleidend?

„Tatsächlich ist das Sozialstaatsprinzip noch heute das umstrittenste politische und auch verfassungsrechtliche Prinzip der Bundesrepublik“, stellte einer der prominentesten Grundgesetzkommentatoren, der heutige Bundespräsident Roman Herzog, bereits 1980 bekümmert fest. So bereite „die inhaltliche Konkretisierung“ dem Staatsrechtler nicht nur deshalb „fast unüberwindbare Schwierigkeiten“, weil die Verfassungsväter offenbar bewußt vermieden hätten, das Grundgesetz „als Wunschkatalog unerfüllbarer Versprechungen“ zu entwerfen.

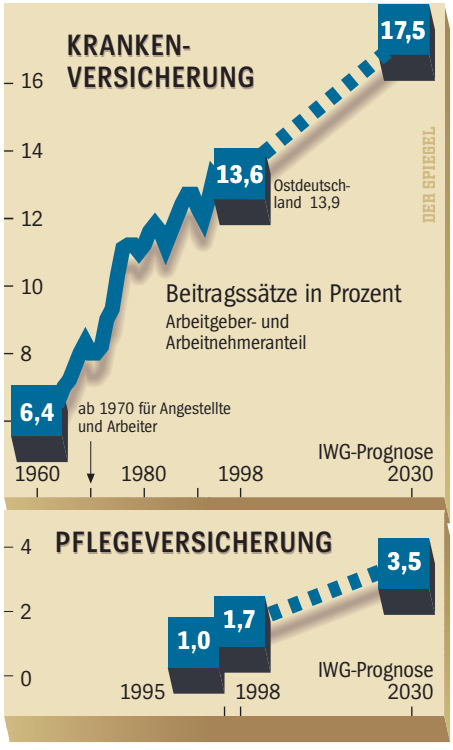
Die Interpretation der Sozialklausel sei auch deshalb so kompliziert, weil in ihr zwei ideengeschichtlich (und weltanschaulich) höchst unterschiedliche Prinzipien verschmolzen seien: die neuzeitliche Selbstverpflichtung des Staates, seine Bürger mittels Umverteilung am Wohlstand gleichmäßig teilhaben zu lassen, und die ältere, auf die bürgerliche Revolution zurückgehende Aufgabe, die Freiheitssphäre des einzelnen zu sichern, ihn also gerade vor Bevormundung und staatlichen Übergriffen zu schützen.

Es ist, mit anderen Worten, der Widerspruch zwischen Gleichheit und Freiheit, zwischen Sozialstaatlichkeit und Rechtsstaatlichkeit, der in der schönen Formel von der sozialen Gerechtigkeit steckt und die dennoch mit großer Beharrlichkeit meist so verwendet wird, als gäbe es zwischen dem einen und dem anderen Ideal nicht die geringste Differenz. Daß jedes neue Gesetz zum Mieterschutz etwa die Rechte anderer einschränkt, in diesem Fall die der Eigentümer; daß jede Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge die Möglichkeit der Zwangsversicherten beschneidet, eigenverantwortlich über die ihnen gemäß erscheinende Form der Zukunftsvorsorge zu entscheiden: All dies haben die Sachwalter des Sozialen wohl erkannt, aber im visionären Schwung offenbar für nicht weiter beachtenswert gehalten.

Hatte der Wohlfahrtsstaat noch bis in die fünfziger Jahre seine Rolle als eine Art gesellschaftlicher Reparaturbetrieb verstanden, zielen seine Betreiber heute höher hinaus: Sie wollen nicht mehr nur auf Fehlentwicklungen reagieren, sie wollen aktiv gestalten, wollen die Mitglieder der Gesellschaft in ein „menschlicheres und erfüllteres Leben“ führen, wie es Heiner Geißler einmal formuliert hat. Und so ist es auch kein Wunder, daß sich das Soziale inzwischen über alle Bereiche hoheitlichen Handelns gelegt hat: über die Steuerpolitik und die Bildungspolitik ebenso wie über die Verkehrs-, Bau- und Umweltpolitik.

Längst begnügt sich der Sozialstaat nicht mehr damit, nur materielle Benachteiligungen auszugleichen. Auch für immaterielle aufgrund von Talent, Geschlecht oder sexueller Präferenz verspricht er Kompensation, und seien sie nur vermutet.

150 Millionen Mark geben die Länder allein im Jahr für Frauengleichstellungsbeauftragte aus, also professionelle Frauen-Frauen, die ihrerseits alimentiert werden, um dem sogenannten schwachen Geschlecht bei der gleichmäßigen Versorgung mit öffentlich besoldeten Posten staatliche Hilfe zu leisten.



P. FRISCHMUTH / ARGUS

Deutsche Familie 1998: *Wer zu den Gewinnern zählt und wer zu den Verlierern, ist kaum noch jemandem einsichtig*

Zehn Landesregierungen haben inzwischen sogenannte Beauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen eingerichtet, die der Benachteiligung von Schwulen und Lesben mittels spezieller Förderprogramme abhelfen sollen. Und als FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle kürzlich, ironisch überzeichnet, über den „Fahrradbeauftragten" als Krönung des „idealen rot-grünen Lebenslaufes" spottete, erhielt er umgehend Post eines Hamburger Rechtsanwalts.

Der setzte ihn im Auftrag von „Frau Dagmar Meyer", ihres Zeichens „Fahrradbeauftragte der Freien und Hansestadt", empört darüber in Kenntnis, daß sich die Dame durch den Redebeitrag „öffentlich herabgesetzt", um nicht zu sagen: benachteiligt sehe. Folgte die Forderung nach „Schadensersatz" und „Schmerzensgeld" in Höhe von 10 000 Mark.

In solchen Überdrehungen blitzt besonders deutlich auf, was den Opferstatus so erstrebenswert macht: Wer ihn erst einmal für sich reklamiert hat, der hat eine Freifahrkarte für das Sozialnetz gezogen, mit beinahe unbegrenzter Laufzeit.

Denn wann ist der Zeitpunkt gekommen, von dem an zum Beispiel die Frauen nicht mehr als benachteiligt gelten? Wenn die Hälfte aller Parkplätze in Parkhäusern Frauen vorbehalten ist? Oder wenn in naher Zukunft „eine völlig unfähige Frau in eine verantwortungsvolle Position aufrückt", wie es der Oberbürgermeisterin von Heidelberg als Gleichberechtigungsbeleg vorschwebt?

Das in diverse geldwerte Vorteile umgemünzte Gleichheitsgebot ist der eigentliche Treibsatz des Sozialstaats, gerade weil er sein selbstgestecktes Ziel, die Gleichstellung aller mit allen, nie erreicht, jedenfalls nicht unter den Bedingungen der Marktwirtschaft.

Eben deshalb sehen Regierung und Opposition notgedrungen immer neue Anlässe für soziale Aus- und Aufgaben. Und eben deshalb scheint es immer noch Gruppen zu geben, die nicht oder nicht in ausreichendem Maße einer umfassenden Für-, Vor- und Nachsorge teilhaftig wurden.

So entdeckte die Koalition der Christ-Liberalen kürzlich die Patienten, die einen heftigen Widerwillen gegen jede Form der Schulmedizin empfinden und bei der Heilung ihrer Gebrechen nur der Irisdiagnostik oder dem Pendel vertrauen. Per Parlamentsbeschluß wurde nun auch ihnen der Zugang zu den Kassen des Horst Seehofer geöffnet.

Wie viele Versorgungswege über die Jahre gegraben wurden und welche Ergebnisse der gigantische Umverteilungsapparat im einzelnen erzielt – das weiß heute keiner der Sozialexperten genau zu beziffern. Sie agieren wie Bomberpiloten, denen erst die Tankanzeige ausgefallen ist, dann der Höhenmesser und die nun frohgemut weiterfliegen.

Natürlich wäre es schön, wenn man über die Verteilungswirkungen des Sozialstaats Näheres wüßte, sagt Rudolf Dreßler, seit nunmehr zwei Jahrzehnten Blüms Duzkumpan und sozialdemokratisches Alter ego. Aber er selbst könne, leider, nun gar keine Auskunft geben, wo exakt welche Gelder blieben.

Und wenn er es recht bedenke, sagt der Mann, der immerhin sozialpolitischer Sprecher seiner Partei ist, könne das „auch sonst niemand". Es habe wohl in der Vergangenheit mehrere Versuche gegeben, das Transfersystem in all seinen Verästelungen offenzulegen, „doch die sind alle gescheitert".

Auf neun Bände und über 3000 Seiten bringt es die aktuelle Ausgabe des Sozialgesetzbuches, die Magna Charta des bundesdeutschen Wohlfahrtsstaats. 38 Behörden und Ämter der Sozialbürokratie vergeben heute staatliche Geldleistungen. 155 Varianten umfaßt allein die Liste der direkt gewährten Zuschüsse, Steuernachlässe nicht eingerechnet. Hinzu kommen die Beihilfen, Sonderprogramme und Sozialrabatte, die Länder und Kommunen bereithalten und über deren genaue Zahl nicht einmal Schätzungen existieren.

Wer Kinder hat, kann auf 15 verschiedene Wege Geld vom Staat beziehen; wer Sozialhilfe erhält, hat Anspruch auf über 30 staatliche Leistungen, vom Kabelanschluß bis zur monatlichen Großpackung an Kondomen. Und vollends den Überblick verliert, wer den Versuch unternimmt, die Transferströme innerhalb eines deutschen Durchschnittshaushalts statistisch zu ermitteln.

Dort haben sich mittlerweile die sogenannten Negativtransfers, also alle Gehaltsabzüge und Steuerzahlungen, mit den Positivtransfers des Sozialstaats zu solch einem Wust verknäult, daß oftmals kaum mehr dem Haushaltsvorstand einsichtig ist, ob er nun zu den Gewinnern oder den Verlierern gehört.

Doch eben das ist der entscheidende Effekt des von den Sozialverwaltern her-

beigeführten Verteilungschaos: Der Beitragszahler soll es auch gar nicht durchschauen. Andernfalls käme er am Ende noch zu der Erkenntnis, daß die schöne Fassade der Wohltätigkeit ein paar häßliche Risse aufweist.

Er könnte sich zum Beispiel fragen, was eigentlich sozial ist am Ansinnen der SPD, Studiengebühren per Gesetz zu verbieten? So subventioniert der Staat schließlich alle Studenten, egal ob sie arm oder reich sind, eine Pauschalförderung, die schon Karl Marx auf die Palme brachte, der vor über hundert Jahren gegen die Alimentation der „höheren Klassen aus dem allgemeinen Steuersäckel" polemisierte.

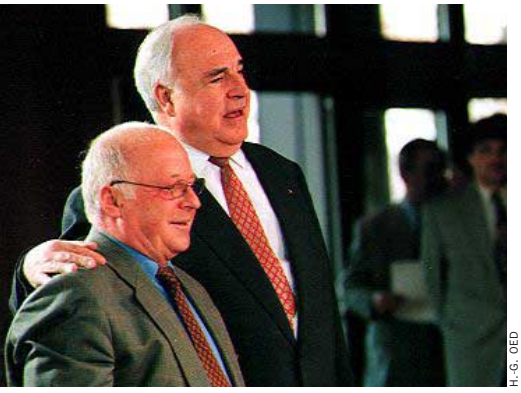
Er sorgt mit dem Geschenk kostenloser Hochschulbildung auch noch für eine massive Umverteilung von unten nach oben: Die Mehrheit der angehenden Akademiker stammt nämlich aus einem Elternhaus mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über 6000 Mark, nur 20 Prozent stammen aus einem, das mit weniger als 3500 Mark auskommt (was für die große Mehrheit der Bevölkerung gilt).

Und so ließe sich weiterfragen: Was ist eigentlich sozial am Kindergeld, das allen zusteht, Millionären wie Arbeitslosen, und das Wohlhabenden zudem noch die Möglichkeit einräumt, einen Freibetrag zu wählen, womit sie unterm Strich besonders gut abschneiden? Eine Regelung, die selbst Sozialexperten wie der designierte SPD-Arbeitsminister Walter Riester schlicht „ungerecht" finden.

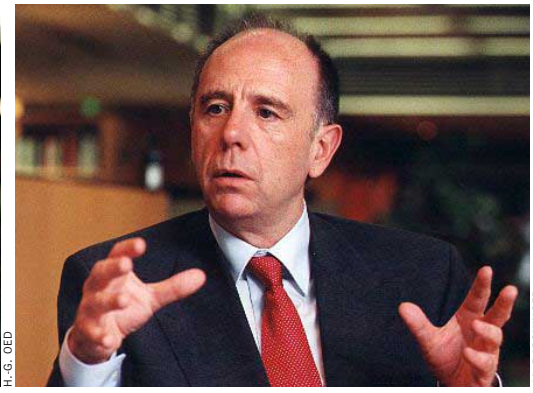
Was ist sozial an einer Wohnungspolitik, die inzwischen knapp 40 Prozent der Bevölkerung das Recht auf Bezug einer vom Staat finanzierten Sozialwohnung einräumt? Die in der Praxis dazu führt, daß gerade die sozial Randständigen nicht zum Zuge kommen, weil die Verwalter sich wie alle Wohnungsverwalter verhalten und Mieter mit ordentlichem Einkommen bevorzugen, von denen es ja unter 40 Prozent Berechtigten genug gibt?

So untergräbt das Sozialsystem seine eigenen Grundlagen, indem es seine Nutznießer regelrecht belohnt, wenn sie nur auf ihren ökonomischen Vorteil schauen und den Solidargedanken kühl beiseite schieben. Nirgendwo wird das deutlicher als bei der Rentenversicherung, dem mit Abstand größten Posten des Sozialbudgets.

Dieser Versicherungstyp ermuntert all seine Mitglieder, streng wirtschaftlich vorzugehen und möglichst lange steuerpflichtig zu arbeiten, also auf Kinder zu verzichten. Denn das Ehepaar, das zwei Rentenanwartschaften erworben hat, steht im Alter allemal besser da als dasjenige, das einen Teil seiner Zeit in die Aufzucht der künftigen Rentenzahler investiert hat, die Basis der ganzen Veranstaltung.



H.-G. OED



M. DARCHINGER

Sozialstaatsplaner Blüm, Kohl, Riester: *Piloten ohne Tankanzeige und Höhenmesser*

Soziologen sprechen in so einem Fall von einer „Rationalitätenfalle", einem Phänomen, dessen Wirkungen sie auch bei der gesetzlichen Krankenversicherung, der zweiten großen Säule des Sozialstaats, beobachten können, und das der Gesellschaftswissenschaftler Peter Gross so beschreibt: „Zwar weiß jeder, daß Mehrverbrauch höhere Kosten für alle verursacht, dennoch ist es für den einzelnen rational, das zu tun, was gleichzeitig irrational ist."

Daß vor allem unübersichtliche Versorgungsapparate für diese „Logik des kalten Buffets" (Konrad Adam) anfällig sind, auch das haben die Sozialwissenschaftler längst erforscht. Solange sich Ansprüche nämlich an den konkreten Nächsten richten, die Verwandten, Freunde oder Nachbarn, werden sie in Schach gehalten, „da überzogene Ansprüche die Reputation dessen beeinträchtigen, der sie stellt", wie der Club of Vienna, eine österreichische Gruppe von Wachstumskritikern, herausgefunden hat: „Fordert man dagegen die Einlösung dieser Ansprüche aus den staatlichen Allmenden, so entfällt in Ermangelung eines konkreten Gegenübers jede Scham, es entstehen schamlose Ansprüche."

Beispielhaft für diese Haltung ist die April-Ausgabe des Wirtschaftsmagazins „Capital". Erst wird wortreich „das moderne Versorgungsdenken" der Deutschen beklagt, das eine „tiefe Sehnsucht nach Entmündigung" offenbare. Dann folgt zügig der praktische Teil („Hilfe maximieren") mit 56 Hinweisen zu den „Gestaltungschancen" des Sozialstaats.

Die Frage, wie sich der Katalog seiner Segnungen am besten nutzen läßt, ernährt mittlerweile eine ganze Beratungsindustrie. Und bei all den Ratgebern, die unter Titeln wie „Mein Recht auf Sozialhilfe" oder „Arbeitslos? Aber richtig!" Versorgungstips geben, sticht eins besonders hervor: der energische, geradezu flehentliche Appell an die Leser, „auf Leistungen, die Ihnen zustehen, nicht zu verzichten".

Offenbar bedrückt die Kriegsgewinnler im Verteilungskampf nichts mehr als die Vorstellung, daß es noch ein paar geben könnte, die nicht das Letzte herausholen bei der Schnäppchenjagd an den Discount-Tischen des Sozialstaats.

So fehlt in kaum einer Broschüre der Hinweis auf Menschen, die „Ansprüche nicht wahrnehmen" und dadurch, hochgerechnet, „allein in Ostdeutschland täglich 1,5 Millionen Mark verschenken". Und konsequent sind auch Worte wie Almosen mittlerweile aus dem Sozialdeutsch getilgt, ist in ihnen doch noch die Erinnerung wach, daß es sich bei einer Reihe staatlicher Leistungen im Kern eben darum handelt: um Hilfen für Hilflose, die zu keiner entsprechenden Gegenleistung fähig sind.

Vielen politisch Verantwortlichen dämmert inzwischen, daß die Ansprüche, die sie gezüchtet haben, auch ihren Handlungsspielraum einschnüren. Daß ein perfektionierter Sozialstaat den einzelnen von seiner Verantwortung für das Gemeinwohl und die Sorge um den Nächsten suspendiert und damit die „Nervenstränge der Demokratie" angreift, wie es der amerikanische Politologe Robert Putnam ausgedrückt hat.

„Jahrzehnte wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung haben uns nicht mehr sozialen Zusammenhalt beschert, sondern weniger", stellt der Unions-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble ernüchtert fest. Und besorgt fragt er sich nun, ob es ihm und seinen Kollegen überhaupt noch gelingen könne, der „Anspruchsdynamik Herr zu werden", die dem allgemeinen Fürsorgestaat innewohne.

G. LUDWIG / VISUM

Sozialer Wohnungsbau (in Berlin): *Auf jedem Armen sitzen zehn, die in seinem Namen Besitzstände wahren*

„Meine Sorge ist weniger“, schreibt Schäuble, „daß wir die Menschen mit der Aufforderung zu mehr Eigenverantwortung und persönlichem Einsatz überfordern. Meine Sorge ist, daß wir sie in der Vergangenheit mit einem Zuviel an staatlicher Entlastung systematisch unterfordert haben, daß wir das vorhandene Potential an solidarischen Kräften sinnlos zugeschüttet haben.“

Auch im linken Milieu wachsen die Zweifel am deutschen Wohlfahrtssystem. Dort sind es vor allem Grüne wie Andrea Fischer, sozialpolitische Sprecherin ihrer Partei, und ihr Namensvetter Joschka, die darauf drängen, das Verhältnis zwischen Staat und Bürger neu auszutarieren. Sie werben für eine Sozialpolitik, die an die Gründungstradition der Alternativbewegung anknüpft, deren Anliegen es war, die Bürger zu emanzipieren und gegen die Glücksverheißungen des Staates mißtrauisch zu machen, seien die nun technologischer oder sozialtechnischer Art.

Zaghaft, so scheint es, beginnt sich eine skeptische Allianz zu formieren, eine heimliche Koalition der Vernunft, die quer zu den Parteilagern und den Gesundbetern der Fürsorgepolitik („Die Rente ist sicher“) eine „neue soziale Frage“ stellt.

Es geht, wie es Joschka Fischer formuliert, um eine neue „Gewichtung von Privatkapitalismus und Sozialstaat, von Egoismus und Allgemeinwohl, von Gewinn und Verteilung“. Um einen Staat also, der seine Sozialfunktion ernst nimmt und den einzelnen gleichzeitig ermutigt, die Aufgaben, die er selbst erledigen kann, auch wieder selbst wahrzunehmen.

An Einsicht und Analyse herrscht, zumindest abseits der Tagespolitik, kein Mangel. Es wird allerdings Zeit, daß die Erkenntnisse aus all den nachdenklichen Reden und stillen Aufsätzen den Weg vors große Publikum finden.

Denn der übermächtige Sozialstaat wird ja von immer mehr Bürgern inzwischen auch als Last empfunden, als sich selbst steuernde Geldvernichtungsmaschine, die das Plus bei den Bruttolöhnen seit Jahren in ein reales Minus verwandelt. Der Lohnzettel mit all den Positionen, die gemeinhin als Lohnnebenkosten verharmlost werden und mittlerweile 40 Prozent der Gesamtsumme ausmachen, ist ein Manifest der Unfreiheit geworden.

Und dabei ist den meisten Beitragszahlern noch nicht einmal klar, daß die Aufsplittung in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge nur fiktiv ist und es sich bei den Unternehmensanteilen, wie alle Ökonomen wissen, tatsächlich um Lohnbestandteile handelt.

„Mehr Freiheit wagen“ könnte das Motto jener Debatte lauten, die nun geführt werden muß. Denn nur der Verzicht auf ein Stück kollektiver Absicherung schafft Spielräume für die individuelle Lebensplanung. Hilfe zur Selbsthilfe, Subsidiarität, mehr Gemeinsinn – das alles wird Wunschkatalog bleiben, wenn der Staat nicht damit beginnt, die Dosis seiner Sozialnarkose zu drosseln.

Am Ende reicht freiheitliche Gesinnung, das Wollen des einzelnen nicht aus, wenn ihm die Mittel fehlen. Schon der Aufklärungsphilosoph Jean-Jacques Rousseau wußte: „Das Geld, das man besitzt, ist ein Mittel zur Freiheit; das Geld, dem man hinterherjagt, ein Mittel zur Knechtschaft.“

Wenn es schon mit der freien Verfügbarkeit der Produktionsmittel nichts geworden ist, im Kommunismus sowenig wie im Kapitalismus, so sollte doch wenigstens das eigene Einkommen (oder zumindest ein größerer Teil davon) wieder frei verfügbar sein. Die Vorzeichen des heutigen Sozialjargons würden sich im Laufe dieser Freiheitsdebatte, die zwischen Individuum und Kollektiv neu gewichtet, womöglich umkehren: Sozialabbau würde vom Angstbegriff zum politischen Versprechen, Umverteilung, längst als Codewort für staatlich organisierte Bereicherung entlarvt, zur traurigen Besitzstandswahrer-Formel.

Nur der Sozialstaat, der sich zurücknimmt und sich Selbstbeschränkung auferlegt, ist auf Dauer sozial. Über das Wieviel des Rückzugs, das Wo und das Wann muß geredet werden, laut und kontrovers, wie es sich für eine Demokratie gehört. Aber: Es muß geredet werden.

Die Deutschen werden ihren Sozialstaat in Zukunft noch brauchen. Gerade deshalb sollten sie ihn vor den traditionellen Sozialpolitikern retten.

Im nächsten Heft

Einwanderungsland Deutschland – Ist das Multikulti-Experiment gescheitert? – Wie rechte und linke Stammtische einen vernünftigen Umgang mit den hier lebenden Ausländern blockieren